Zuwanderung

als Projekt des Kapitals

Vom Nationalstaat zum Einwanderungsland — Der Wirtschaft wird ihr Volk zu teuer — Zuwanderung als Ressource — Weltoffene Patrioten gegen Menschenfeinde — Mit christlicher Nächstenliebe und Sozialrassismus gegen die Unterschicht — Resultate der Flüchtlingskrise

Bernhard Klevenz

2015

Vom Nationalstaat zum Einwanderungsland

In der Koalitionsvereinbarung der CDU-FDP-Regierung von 1983 („die Wende“[1] genannt) war zu lesen:

> *„Die Bundesrepublik Deutschland ist kein Einwanderungsland. Es sind daher alle humanitär vertretbaren Maßnahmen zu ergreifen, um den Zuzug von Ausländern zu unterbinden.“* (Koalitionsvereinbarung CDU–FDP 1983)

Heute sagt Angela Merkel „Deutschland ist ein Einwanderungsland“ und die deutsche Industrie fordert von Deutschland eine „Willkommenskultur“.
Sagte Helmut Kohl noch „Die Zahl der ausländischen Mitbürger muss verringert werden“ (Kohl 1982), so misst die derzeitige Regierung den Erfolg Deutschlands geradezu daran, „wie viele Menschen zu uns kommen wollen.“ (Merkel 2014)
Wer in den sechziger oder siebziger Jahren die *Gastarbeiter* als *„Migranten“* bezeichnete, gab sich damit als Linksradikaler oder zumindest Student der Sozialwissenschaften zu erkennen.

Heute dagegen spricht auch der CDU–Oberbürgermeister, dessen politische (und meistens auch biologische) Vorfahren die Wende von 1933 begeistert begrüßt haben, korrekt von *„Bürgern mit Migrationshintergrund“*, bezeichnet jugendliche ”Neonazis” als *„Schande für Deutschland“* und ruft zu einer Demonstration „gegen Rechts“ auf.

Zwischen 1980 und 2010 gab der **geschäftsführende Ausschuss der herrschenden Klasse**, „die Politik“, den deutschen Nationalstaat auf, für den er in den letzten hundertfünfzig Jahren drei Kriege geführt und Millionen Menschen geopfert hat. (1870–1871, 1914–1918, 1939–1945)
Deutschland ist zum Einwanderungsland erklärt worden. Dessen Staatsangehörigkeit beruht also — im Gegensatz zu den Nationalstaaten Osteuropas, in die allerdings auch niemand einwandern möchte — nicht mehr auf gemeinsamer Abstammung, Sprache oder Geschichte, sondern auf dem Nutzen für „unser Land“, das heißt die *Wirtschaft* „unseres“ Landes.

Woher kommt dieser Wandel? Die allgemein bekannten demokratischen (in diesem Fall: christlich-demokratischen) Fettärsche werden wohl kaum „klüger“ geworden sein. Politiker werden nicht für ihre (angenommene oder eingebildete) „höhere Einsicht“ bezahlt, sondern für die Durchsetzung von Interessen.[2]
Weder verurteile ich diesen Prozess noch befürworte ich ihn. Ich frage nur nach dem Grund. Es muss dafür eine wirtschaftliche Ursache geben. Diese Ursache besteht in den weltweit unterschiedlichen Herstellungskosten der Ware Arbeitskraft.

---

[1] Die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts vollzog sich in (rhetorischen) „Wenden“: die erste „Wende“ war 1933 (Hitler wird Reichskanzler), die zweite „Wende“ war 1983 (Helmut Kohl wird Bundeskanzler: Abbau des Sozialstaats), die dritte „Wende“ war 1989 (Wiedervereinigung und Rückzug des Staates aus der sozialen Verantwortung, symbolisiert durch die Gründung der ”Tafeln” 1990).
Jede dieser Wenden war ein Raubzug gegen die Bevölkerung.

[2] Manche werden direkt für eine bestimmte Einflussnahme bezahlt, die meisten einfach für eine bestimmte politische Linie. Das ist vergleichbar mit der Tätigkeit eines Rechtsanwalts. Nicht umsonst ist der Bundestag nicht nur sprichwörtlich (*„ob voller oder leerer, immer ...“*) voller Lehrer, sondern vor allem voller Advokaten.

Der Wirtschaft wird ihr Volk zu teuer.

Was der Lohnarbeiter sich mit seiner Arbeit produziert, ist sein Leben(-sunterhalt), „gagner sa vie“ auf französisch, „earning one's living“ auf englisch.

Er *„reproduziert seine Arbeitskraft“* (Karl Marx). Diese Reproduktion mag mehr oder weniger vollständig, der Lohn mag höher oder niedriger sein, doch könnte der Lohnarbeiter mehr verdienen als seine Reproduktion, wäre er nicht *lohn**abhängig***, also kein Lohnarbeiter.

Es ist dem Lohnarbeiter natürlich freigestellt, die Reproduktion seiner Arbeitskraft für sein „Leben“ zu halten und damit alle möglichen Illusionen zu verbinden.

Aber er bekommt nur **seine eigene** Arbeitskraft bezahlt, mag er nun „viel“ oder „wenig“ verdienen. Kein Unternehmer kann einem Arbeiter das Doppelte, Drei- oder Vierfache zahlen, bloß weil der Mann eine zahlreiche Familie hat. Also wird der Lohn des Lohnarbeiters *notwendigerweise unzureichend* sein, wie hoch er auch sein mag, und um so unzureichender, je größer die Familie ist. Die Reproduktion ist unvollständig.

Der unzureichende Lohn kann dadurch ausgeglichen werden, dass auch andere Familienangehörige, insbesondere natürlich die Frauen, denen ja nichts fehlt, was ihrer Verwertung entgegenstünde, in die Lohnarbeit hinein gehen. Deren Arbeitskraft fehlt dann aber bei der Reproduktion und muss nun als *Dienstleistung* gekauft werden. Die Reproduktion der Arbeitskraft (das, was die Lohnabhängigen gewohnt sind, für ihr „Leben“ zu halten), wird also tendenziell teurer.

Im Unterschied zu früheren Zeiten ist jedoch in den *hochindustrialisierten Ländern* (Länder, in denen nur wenige Prozent der Erwerbsbevölkerung noch im primären Sektor arbeiten) Lohnarbeit und Lohnabhängigkeit[3] kein Problem von Pauperisierten und keine vorübergehende Phase in der Biographie von Individuen mehr, wie es dies noch zur Zeit von Marx und Engels war, sondern die Lebensform der Masse der Bevölkerung. Damit hat die Sache eine andere Qualität bekommen:

Die Versorgung der noch nicht oder nicht mehr verwertbaren Bevölkerung geht mehr und mehr in die Hände des Staates über. (Kindertagesstätten, allgemeinbildendes Schulwesen, Altersheime, Krankenhäuser) *„Der Staat (...) verwandelt mehr und mehr gesellschaftliche Tätigkeiten in bürokratische Tätigkeiten seiner Regierungs- und Verwaltungsmaschinerie.“* [4] In den hochindustrialisierten Ländern leben in der Konsequenz nicht nur Arme und Außenseiter, sondern **die gesamte werktätige Bevölkerung** unabhängig von irgendwelchen Notsituationen zu einem bestimmten Prozentsatz auf Staatskosten. Unabhängig von Austeritätsprogrammen steigt dieser Prozentsatz stetig.

[3] „Lohnabhängig“ ist, wer vom Verkauf seiner Arbeitskraft lebt. Die Bevölkerung der hochindustrialisierten Staaten ist so sehr proletarisiert, dass sie ohne weitergehendes Nachdenken diese Abhängigkeit ebenso wenig hinterfragen kann wie die Luft, die sie atmet. Die Lohnabhängigkeit ist allgemein. Marx hat recht behalten, wenn auch auf andere Weise, als er es sich vorgestellt haben mag.

[4] Programm und Statut des Kommunistischen Bundes Westdeutschland, Mannheim 1974

Die Übernahme vormals gesellschaftlicher Tätigkeiten durch den Staat wird allgemein mit „Wohlstand“ in Verbindung gebracht; der „Wohlfahrtsstaat“ ist aber auch mit äußerster Verelendung vollständig vereinbar.

Als Dienstleistung bewertet würde die Aufzucht eines Staatsbürgers, wie man es regelmäßig am 8. März oder am Muttertag liest, rund 300.000 Euro kosten.[5] (Natürlich nur in der Basisversion; mit Abitur und Studium ist er wohl etwas teurer.)

Mögen es 200.000 oder 500.000 sein — es handelt sich jedenfalls um einen Betrag, vor dem normalerweise selbst ausgesprochen wohlhabende Leute zurückschrecken würden. Zumal der Unterhaltungs- und Gefühlswert der kleinen Affen schnell abnimmt, da sie zwangsläufig ihren Erzeugern immer ähnlicher werden.

Die Aufzucht von Staatsbürgern ist in der hochindustrialisierten Gesellschaft zwar ebenso natürlich wie seit eh und je, aber wirtschaftlich nicht nur unvernünftig, sondern nahezu unmöglich. Damit die Reproduktion überhaupt stattfinden kann, muss also „die Familie“ im Hochkapitalismus dauerhaft subventioniert werden.

Das geschieht indirekt durch Steuerermäßigungen, direkt durch Kindergeld, Wohngeld usw. (Eine **ständige Sozialpolitik**, die über episodische Katastrophenhilfe und Armenfürsorge hinausgeht, gibt es erst seit dem 20. Jahrhundert.)

Dadurch ändern sich die Machtverhältnisse innerhalb der Familie: Die unvollständige Reproduktion des Massenarbeiters führt dazu, dass der Familienvater auch in normalen, günstigen Zeiten real nur noch einen Bruchteil des Familieneinkommens (vielleicht mehr, vielleicht weniger als die Hälfte) „mit seiner Hände Arbeit“ verdient. Dadurch wächst automatisch der Anteil der Frau am Familieneinkommen.

Die Entwicklung verstärkt sich durch längere Arbeitslosigkeit oder Unterbeschäftigung des Mannes. Die ökonomische Abhängigkeit der Frau verringert sich, während der frühere „Ernährer“ zur Belastung wird.

Der Staat kann in der Krise zwar Langzeitarbeitslose aus ihrer „entwürdigenden Abhängigkeit“ von seinen Zahlungen befreien, indem er diese Zahlungen einstellt. Er muss aber irgendwie den Unterhalt von mittellosen Kindern – die ja immerhin die zukünftigen Staatsbürger werden sollen – sicherstellen, **und damit aber auch den Lebensunterhalt der zwangsläufig dazugehörigen arbeitslosen Mütter.** Und *mehr* könnte eine gering qualifizierte Arbeitskraft, ob weiblich oder männlich — und die *Masse* der Lohnabhängigen ist in der Konkurrenzgesellschaft

[5] *„Bis zur Volljährigkeit werden bis zu 215.000 Euro fällig. — Wer jetzt völlig panisch nach Luft schnappt, den möchten wir an dieser Stelle beruhigen. Das statistische Bundesamt hat auch gute Nachrichten — vor allem für diejenigen, die sich eigentlich schon immer mehr als ein Kind gewünscht haben. Denn je mehr Kinder in einem Haushalt leben, desto geringer sind die durchschnittlichen Kosten.“* (Bei Aufzucht mehrerer Staatsbürger kommt der einzelne günstiger; wir kennen das vom Supermarkt.)
Aus einem (beliebig ausgewählten) Artikel auf www.monda-magazin.de, einem schicken Internet-Magazin für Frauen, 13.03.18, der Frauen „Mut zum Kind“ machen und ihnen nebenbei „Finanzdienstleistungen“ andrehen will. (Auch dieses gibt es inzwischen nicht mehr.)
Als preiswerte Alternative bietet sich die sinnfreie Aufzucht von Hunden und Katzen an. Nicht zum Essen, nicht zum Schutz des Eigentums, nicht zum Mäusefangen, sondern zum „Liebhaben“.

immer gering qualifiziert, eben weil sie *die Masse* ist — sowieso von keiner möglichen Arbeit erwarten.

Während in der Kindheit des Kapitalismus sprichwörtlich „das Elend der Witwen und Waisen zum Himmel schrie“, wird es unter heutigen Bedingungen für eine Frau **relativ** günstiger sein, ihr Kind alleine aufzuziehen.[6]

Die zu Anfang des 20. Jahrhunderts bereits auf „Vater–Mutter–Kind“ reduzierte Familie wird zur „Mutter–Kind–Familie“.

Wo es aber keine unterhaltspflichtigen und zahlungsfähigen Ehepartner oder Kinder gibt, da gibt es auch niemand, den der Staat für die Unterhaltskosten der noch nicht oder nicht mehr verwertbaren Bevölkerung in Regress nehmen kann.[7] Das Prinzip der *Subsidiarität* (Der Staat tritt in sozialen Notfällen erst als letzter ein) wird tendenziell außer Kraft gesetzt.

Der Zerfall der Familie[8] verteuert die Arbeitskraft. Es werden **zu wenig** Arbeitskräfte, und diese **zu teuer** produziert.

Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit durch Verkürzung der Schulzeit stößt schnell an physische Grenzen.

Die Wirtschaft braucht Arbeitskräfte, die billiger produziert sind: Einwanderer aus weniger industrialisierten Regionen. Das ist schließlich der Weg, auf dem es die USA zur Weltmacht gebracht haben.

Nur ist die Einwanderung in ein hochindustrialisiertes Land etwas anderes als die Einwanderung in das sich industrialisierende Amerika im 18. oder 19. Jahrhundert. So wie das Abendrot etwas anderes ist als das Morgenrot.

---

[6] Das *„Heraustreten der Frau aus der jahrtausendealten Familiensklaverei“* (Lenin) wird im linken Milieu als Emanzipation verhandelt. Es ist auch eine Emanzipation, allerdings nur in dem Sinne wie die Verwandlung der Negersklaven der USA in „freie und gleiche“ Lohnarbeiter.

[7] Daher wird versucht, das Rechtskonstrukt der Ehe auf andere Lebensgemeinschaften auszuweiten. Den Anfang machen die Homosexuellen, von denen es eine nennenswerte Zahl gibt und für die — unter den Lebensbedingungen hochindustrialisierter Länder — ihr geduldeter oder halblegaler Status bisher vorteilhaft war, da keiner aus einem solchen Verhältnis Unterhaltsansprüche geltend machen konnte.
Es gibt bereits Überlegungen, das Modell der „eingetragenen Lebenspartnerschaft“ auf alle möglichen anderen Formen des Zusammenlebens auszudehnen, z. B. zusammenlebende Geschwister und (Alters–)Wohngemeinschaften, um die Staatskasse zu entlasten.

Allerdings ist die Bereitschaft „Verantwortung für einander zu übernehmen“, schwach ausgeprägt und wird noch stark nachlassen. Denn wenn homosexuelle Lebensgemeinschaften als „Ehe“ anerkannt sind, dann kann man die Beteiligten zwingen, erst einmal Unterhalt von einander zu fordern, statt vom Staat.

[8] *„Die Existenzform des Alleinstehenden ist kein abweichender Fall auf dem Weg in die Moderne. Sie ist das Urbild der durchgesetzten Arbeitsmarktgesellschaft. Die Negation sozialer Bindungen, die in der Marktlogik zur Geltung kommt, beginnt in ihrem fortgeschrittensten Stadium auch die Voraussetzungen dauerhafter Zweisamkeit aufzulösen … ein Fall paradoxer Vergesellschaftung.*
Wer - wie Teile der Frauenbewegung - mit dem besten Recht Traditionen, unter denen die Moderne angetreten ist, weiterverlängert und die marktkonforme Gleichstellung von Mann und Frau einklagt und betreibt, muss auch sehen, dass am Ende dieses Weges aller Wahrscheinlichkeit nach nicht die gleichberechtigte Eintracht steht, sondern die Vereinzelung …“ (Ulrich Beck, Risikogesellschaft — Auf dem Weg in eine neue Moderne, S.198 f)

Zuwanderung als Ressource

Die modernen Verkehrsmittel machen es möglich, dass die Arbeiter aus der ganzen Welt mit den Arbeitern aus Deutschland konkurrieren können. Also lassen sich die Löhne der Dritten Welt mit der Infrastruktur der Industriegesellschaft verbinden. (Nicht 1:1, aber da geht noch viel. Die Praxis zeigt es.)

Die Einwanderung hat große Vorteile gegenüber dem Export von Produktionsanlagen in Billiglohnländer. Denn billige Arbeitskraft allein nützt nichts, wenn man erst Straßen und eine Infrastruktur bauen muss.

Auch der profitabelste Kapitalexport kostet zunächst einmal Geld. **Zuwanderer kosten nichts**, denn sie bezahlen ihre Zuwanderung selbst. Wir müssen die Leute nicht erst anwerben, wie noch zu Beginn der Einwanderung in den fünfziger und sechziger Jahren. Ihre — eventuelle — „Integration“ (Sprachkurse, Berufsbildung und was sonst noch dazu gehören mag) wird von den Sozialkassen bezahlt, geht also auf Kosten der Lohnabhängigen und kostet die Industrie ebenfalls nichts. Und es kommen auch keine Wilden aus dem Urwald, sondern die meisten sind schon für eine Lohnarbeiterexistenz formatiert.

> *„Die Erfahrung zeigt, daß alle auswandernden Elemente eher aus den gesündesten und tatkräftigsten Naturen bestehen, als etwa umgekehrt.“* (Adolf Hitler, Mein Kampf)

Einwanderung bringt Leben in den Arbeitsmarkt. Die Einwanderer sind der Hebel, Löhne niedrig zu halten, Sozialstandards zu senken und überhaupt den „deutschen Kartoffeln“ (Antifa–Jargon)[9] ihre Anspruchshaltung auszutreiben. Schon die Einwanderung der Russlanddeutschen in den neunziger Jahren[10] hat wesentlich dazu beigetragen, die Arbeitszeit auszudehnen, Rechte der Lohnabhängigen widerstandslos zu kassieren und einen Niedriglohnsektor zu schaffen.

Im Gegensatz zu den ”PEGIDA-Anhängern ist die Sorge der Wirtschaft nicht, dass fruchtbare Migranten das „christliche Abendland“ majorisieren oder die weiße Rasse verdunkeln. Auch nicht die „Bildung von Parallelgesellschaften“, sondern eher das Gegenteil: die zu schnelle Integration der Migranten in die einheimische Unterschicht, und die Zunahme von „Mutter–Kind“–Familien,

[9] Genau wie die Rechten ethnisiert auch das linke Milieu den sozialen Konflikt, wie die Metapher von der „deutschen Kartoffel“ zeigt: Deutsche gegen Ausländer. Dabei sind die Einheimischen schon eine ganze Weile nicht mehr identisch mit den „Deutschen“: Deutschland ist de facto seit 1963 Einwanderungsland. (Thränhardt, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland). Wenn man sich die Kandidatenlisten rechter Vereine ansieht, wimmelt es da von süd– und osteuropäischen Namen. Der jüngst wegen „Volksverhetzung“ verurteilte bosnisch-pfälzische NPD-Funktionär Zafet Babic ist das beste Beispiel. Ein weiteres Beispiel ist der Freiburger Rechtsanwalt und AFD-Stadtrat (inzwischen als ”rechtsextrem” aus der AFD ausgeschlossen) Dubravko Mandic.

[10] Die Einwanderung der Russlanddeutschen wurde damals von den demokratischen Parteien noch rassistisch als *Rückwanderung von deutschem Blut* begründet und durchgedrückt. Als ich zu Beginn der neunziger Jahre eine Veranstaltung der SPD besuchte, kam ich mir vor wie bei der NPD, so eifrig versuchte der Referent klar zu machen, dass die Russlanddeutschen ”richtige Deutsche” seien, die „sich zu ihrem Deutschtum bekannt“ hätten und so weiter. Auch damals wurde schon gemurrt, aber die Lage der Lohnabhängigen war noch wesentlich besser; Zustände wie heute konnte man sich noch nicht vorstellen.
Die Russlanddeutschen hielt man damals für *die* Lösung des demographischen Problems: Besser ausgebildet als das Humankapital vom Balkan oder aus der Türkei, aber trotzdem kinderreich und mit intakten Familien; fromm, aber trotzdem fleißig, unauffällig und integrationswillig. Deswegen wurden sie zunächst auch bevorzugt. Heute ist man nicht mehr so anspruchsvoll. Kein Wunder, wenn sich einige Russlanddeutsche heute verraten und verkauft fühlen.

der Zerfall der patriarchalen Familie, das heißt jener sozialen Verhältnisse, welche die Grundlage der Produktion billiger Arbeitskraft bildeten.

Da die Migranten bestimmungsgemäß wenig verdienen, unterliegen sie dem sozialen Zerfall im selben oder sogar stärkerem Maße wie die Einheimischen. Wenn die Migranten aber integriert, Einheimische, also „Deutsche“ geworden sind, fangen sie an, *„uns Geld zu kosten, statt uns Geld einzubringen“*. (Seehofer, CSU) Sie vermehren die nicht verwertbare Bevölkerung.

Dagegen gibt es nur ein Mittel: weitere Einwanderung.

Die Wirtschaft benötigt also nicht einfach Arbeitskraft, sondern einen **beständigen Zufluss von neuer Arbeitskraft.** Sie sucht sich ein billigeres Volk. Ursache dieser „Umvolkung“ ist jedoch keine Verschwörung finsterer Mächte zur Vernichtung des deutschen Volkes oder gar der „arischen Rasse“, sondern die Akkumulation des Kapitals.

Natürlich kann das nicht von Dauer sein. Die Bewegung wird theoretisch spätestens zum Stillstand kommen, wenn die Produktionskosten der Ware Arbeitskraft überall gleich sind. (In Wirklichkeit natürlich lange vorher; von der sozialen Revolution ist in diesem Aufsatz nicht die Rede.)

> *„Der Kapitalismus ist die erste Wirtschaftsform mit propagandistischer Kraft, eine Form, die die Tendenz hat, sich auf dem Erdenrund auszubreiten und alle andern Wirtschaftsformen zu verdrängen, die keine andere neben sich duldet.* ***Er ist aber zugleich die erste, die allein, ohne andere Wirtschaftsformen als ihr Milieu und ihren Nährboden, nicht zu existieren vermag, die also gleichzeitig mit der Tendenz, zur Weltform zu werden, an der inneren Unfähigkeit zerschellt, eine Weltform der Produktion zu werden.*** *Er ist ein lebendiger historischer Widerspruch in sich selbst, seine Akkumulationsbewegung ist der Ausdruck, die fortlaufende Lösung und zugleich Potenzierung des Widerspruchs.“* (Rosa Luxemburg, Die Akkumulation des Kapitals, Voltmedia, S.544)

Weltoffene Patrioten gegen Menschenfeinde

Die „Antirassisten“ und „Antifaschisten“ wähnen sich in einem verzweifelten Abwehrkampf gegen „Konservative und Rechte“:

> *„Konservative und Rechte klammern sich an die längst unhaltbar gewordene Fiktion von einem 'rassisch reinen' Deutschland und fordern noch härtere Gesetze gegen Ausländer.“* (Ein mir bekannter pensionierter linker Oberstudienrat aus Hannover im Jahr 2015[11] in seinem »Marx-Forum«.)

[11] Derselbe verdächtigt die „Konservativen und Rechten“ auch, Schlesien und Ostpreußen zurückerobern zu wollen. Wozu sie das tun sollten, weiß man nicht recht, denn über die EU haben sie eigentlich diese Gebiete (bis auf die Enklave Kaliningrad) ja schon längst. (Und Kohl hat 1989 Kaliningrad gar nicht gewollt, als Gorbatschow es ihm anbot.)

Das stimmt schon seit (mindestens) dreißig Jahren nicht mehr. Solche rassistische Ideologen gibt es zwar auch noch, und als Reaktion auf die staatlich verordnete „Weltoffenheit“ und „Toleranz“ werden es sogar mehr, aber eben nur als „politische Romantik“ kleiner Leute, nicht als politische Kraft. Der deutschnationale Rassismus ist schon lange nicht mehr im Interesse der Wirtschaft.

Die deutsche Wirtschaft ist weit entfernt davon, „Gesetze gegen Ausländer“ zu fordern. Die *wirklichen* „Konservativen und Rechten“ sind zwar *auch* für „Regulierung der Zuwanderung“, und zwar nach den Bedürfnissen der Wirtschaft. **Vor allem aber** sind sie für freie Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt und den Sieg des Tüchtigen, und fordern von den Lohnabhängigen „Weltoffenheit“ (in Bezug auf den Arbeitsmarkt) und „Toleranz“ (für sinkende Einkommen).

Die „Reinheit der deutschen Rasse“ ist für die deutsche Wirtschaft ebenso überholt wie für das linke Milieu und seine pensionierten Oberschulmeister. In einem *Einwanderungsland Deutschland*, dessen Bevölkerung aus allen Weltgegenden kommt, in dem die „Biodeutschen“ höchstens die größte Minderheit sind, kann nämlich der althergebrachte deutsch-nationale Rassismus (nur echt mit dem „deutschen Blut“) nicht mehr als Klammer zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten dienen, im Gegenteil: er stört *„das gute Zusammenleben von Menschen aus verschiedenen Ländern und Kulturen“* in der freiheitlich–demokratischen Ausbeuterordnung. Die Grenzen des Nationalstaats sind dem Kapital zu eng geworden.

Dennoch ist Patriotismus auch für ein *Einwanderungsland Deutschland* notwendig. Je schlechter es den Insassen unserer freiheitlich–demokratischen Zwangsanstalt geht, ob eingewandert oder einheimisch, je schlanker der Staat und je höher die Steuerlast der Lohnabhängigen, desto wichtiger ist es, dass *”die Deutschen”* (wie uns die „Qualitätsmedien“ beharrlich nennen) die Staatsgewalt der BRD nicht einfach für die oberste Mafia zwischen Flensburg und Berchtesgaden halten.

> *„Es ist wichtig, dass wir den Begriff ’Wir Deutsche’ neu definieren.“* (Prof. Schiffauer, „Rat für Migration“, Frankfurt/ Oder)

Das *Einwanderungsland Deutschland* muss den alten, dysfunktional gewordenen deutschnationalen Rassismus vom ”weltoffenen” schwarz-rot-goldenen *Patriotismus* trennen.
Der neue *weltoffene Patriotismus* verteidigt nicht mehr nur Deutschland, sondern die *europäischen Werte* (das kann — wie praktisch! — alles mögliche sein, je nach Bedarf der Politik: Menschenrechte, Frauenrechte, sogar ”Arbeiterrechte”, der Kampf gegen den ”Terror” und die ”Korruption”, das heißt für freien Zugang zu allen Märkten, oder auch einfach ”Freiheit und Frieden!”), die unserer freiheitlichen Demokratie das Recht verleihen, überall auf der Welt bewaffnet zu intervenieren.

Die Flüchtlingskrise: Das linke Milieu „für eine solidarische Gesellschaft“. Mit christlicher Nächstenliebe und Sozialrassismus gegen die Unterschicht

Die Flüchtlingskrise von 2015 (massenhafte unkontrollierte Einwanderung/ Flucht in die Bundesrepublik Deutschland) war — im Gegensatz zur normalen Einwanderung — so nicht beabsichtigt, sie ist gewissermaßen ein „Kollateralschaden“. Sie verstärkt aber die Verelendung der Unterschicht und allgemein die Gewaltträchtigkeit aller sozialen Spannungen.

Im Kampf gegen den „Nationalismus“ des „Mobs“ stellte sich das *linke Milieu* (die zum Milieu erstarrten Reste der demokratischen und sozialistischen Bewegungen im Westdeutschland der sechziger, siebziger und achtziger Jahre[12]) während der Flüchtlingskrise 2015 bedenkenlos auf die Seite des Bundes der deutschen Industrie und des Staates. Die sozialen Interessen der Unterschicht wurden für „faschistisch“ erklärt, ihr parlamentarischer Ausdruck, die AfD, geradezu als neue NSDAP dargestellt.

Die AfD ist nichts anderes als ein Teil des rechten Flügels der CDU und der FDP. [13] Aber dadurch, dass sie als einzige Partei das Konkurrenzinteresse der Unterschicht im Parlament zum Ausdruck bringt, ist diese reaktionäre Gruppierung eben der Ausdruck der sozialen Bewegung geworden, zum Leidwesen einiger ihrer Führungsfiguren, z. B. des Professors Meuthen.

Im Kampf gegen den „Faschismus“ der AfD werden von den Linken im Namen eines längst zur Karikatur gewordenen „Antifaschismus“ alle Register der Hetze, Intrige, Verleumdung und Denunziation gezogen.

- Wer die naheliegende Befürchtung äußert, dass die Geringverdiener und Transferleistungsempfänger die Kosten der „Flüchtlingskrise“ zahlen müssen, betreibt *„fremdenfeindliche Hetze“*.

- Wer — *„in seinem bornierten Lohninteresse“* (keinort.de)[14] — gegen freie Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt ist, ist ein „Rassist“, auch wenn er **nicht** von einer „genetischen Überlegenheit der weißen Rasse“ fantasiert, sogar wenn er selbst türkischer oder südeuropäischer Abstammung ist.

- Wer darauf hinweist, dass es in Deutschland z. B. 300.000 Obdachlose gibt, für die *keine* Wohnungen gebaut werden, nicht einmal Heime, der *„spielt Einwanderer gegen Einheimische aus“*. Als ob die Senkung der Sozialausgaben für unverwertbare einheimische Sozialfälle nichts mit den Sozialausgaben für verwertbare Einwanderer zu tun hätten.

„Unsolidarisch“, „verroht“, ja sogar „brutalisiert“ sind diejenigen, die *”bloß weil sie hier geboren sind”* — als hätten sie keine Steuern und Sozialbeiträge gezahlt! — nicht bereit sind, ihre

[12] Die Partei DIE LINKE ist mit dem westdeutschen linken Milieu nicht identisch. Aber viele ihrer Führungsfiguren entstammen diesem Milieu.

[13] Gauland ist ehemaliger hessischer Staatssekretär und altgedienter CDU-Politiker, Meuthen stand der FDP nahe und war Referent im hessischen Finanzministerium, Beatrix von Storch war lange Jahre FDP-Mitglied, Alice Weidel kommt aus der Jungen Union und war Stipendiatin der Konrad-Adenauer-Stiftung. Und so weiter.

[14] Die Seite hat der Autor Ende 2017 vom Netz genommen. Die Zitate sind aber exemplarisch. So reden die.

Ansprüche auf Transferleistungen (Hartz IV, Rente usw.) mit Einwanderern zu teilen.

„Solidarität endet nicht an europäischen Grenzen!“ (Elke Breitenbach, DIE LINKE, Berliner Senatorin für Integration und Soziales) ist keine Forderung an die Wirtschaft, sondern an die einheimischen Lohnabhängigen, von denen die Senatorin fordert, Sozialabbau und Lohndumping hinzunehmen, weil es ihnen noch besser geht als beispielsweise den Bewohnern Syriens.

Der Begriff „Solidarität“ stammt aus der Arbeiterbewegung. Solidarität bedeutete im 19. und 20. Jahrhundert allerdings nicht Teilen und Verzicht, sondern war ein **Kampfmittel** gegen das Kapital. Also das Gegenteil von dem, was das linke Milieu heutzutage fordert.

Auf die Furcht der AfD-wählenden „Dumpfbacken” vor Lohndumping durch Zuwanderung antworten die Linken höhnisch:

> *„Man muss sich schon an ziemlich viele Abhängigkeiten und Erpressungen gewöhnt haben, um auf den verrückten Gedanken zu kommen, dass einem Ausländer die Arbeit wegnehmen, und dass das etwas schlechtes sei.“*(keinort.de)

Natürlich geht es nicht um Arbeit, sondern um Einkommen. Die Konkurrenz ist auch kein „verrückter Gedanke”, sondern *„die Verkehrsform der bürgerlichen Gesellschaft“* (Marx). Aber für das linke Milieu aus Lehrern, Pastoren, gewerbsmäßigen Paragraphenbiegern und anderen Künstlern sind Einwanderer noch lange keine Konkurrenz. Daher können sie sich diese Sorte gesunden Menschenverstand leisten und sich zum Anwalt der Zuwanderer aufschwingen:

> *„Geholfen wird den Flüchtlingen (...), weil sie 'Menschen' sind. Mehr wird ihnen auch nicht garantiert, als dass sie Menschen bleiben, sprich: sie werden am Leben gehalten.”* (keinort.de)

Das ist seit jeher die soziale Wirklichkeit nicht nur von Migranten, sondern der Unterschicht überhaupt. Mehr als *am Leben erhalten* zu werden können nicht verwertbare Lohnabhängige, ob Migranten oder einheimische Sozialfälle, von keinem Staat der Welt erwarten; normalerweise aber nicht einmal das. Deutschland unterscheidet sich darin (momentan) eher positiv; deswegen ist es ja auch bei Flüchtlingen und Migranten so beliebt.

Weil sie Menschen sind, werden Millionen einheimische Arbeitslose und sonstige unverwertbare Menschen in Westeuropa auf diese Weise am Leben erhalten, in Deutschland konkret durch Hartz IV, die Tafeln und Suppenküchen.

Es gibt Leute, die sich über so etwas aufregen. Doch die „Antirassisten” und „Antifaschisten” weinen ihre Krokodilstränen nur für Geflüchtete.

Hinter dem „Antirassismus“ und „Antifaschismus“, dem ganzen blöden Getue um die „Menschenfeindlichkeit“ des „Mobs“, lässt sich unschwer der alte Hass gegen die Unterschicht erkennen:

- *„Pack, Gesindel“* (Sigmar Gabriel, Außenminister a. D.), oder auch kurz:
  „Dieser Dreck!“ (Joschka Fischer, Außenminister a. D.),

Aus der *»taz«*: Sozialrassismus des linken Milieus

- *„Müll, Dumpfbacken, Grenzdebile, Alkis, Brutalos ...“* (Aus den Antifa-Seiten des nicht mehr existierenden Forums blogsport.de — So reden die. Man könnte sich schon fragen, auf welcher Seite solche ”Antifaschisten” und ”Antirassisten” 1933 wirklich gestanden hätten.)
- *„Menschen, die seit Jahrzehnten direkt und indirekt Transferleistungen in bisher ungekannten Höhen entgegengenommen haben, erdreisten sich ...“* (Frank Stauss, MdB - SPD, über die PEGIDA-Demonstranten.)

Resultate der Flüchtlingskrise

Zwanzig Jahre lang wurden in Deutschland keine Sozialwohnungen mehr gebaut. Gering qualifizierte Einheimische haben in Deutschland keine Chance auf ein Einkommen über dem offiziellen Existenzminimum (nicht dem **tatsächlichen**!)[15], selbst wenn sie **nicht** arbeitslos sind.

Nun kommen Flüchtlinge, und für *die* sollen jetzt die Wohnungen gebaut werden, für die zwanzig Jahre lang kein Geld da war. Und nicht nur das: Die Neuankömmlinge sollen auch „qualifiziert“ und „integriert“, also mit Arbeit und Einkommen versehen werden.

[15] Wer in Deutschland annähernd die *”vollständige Reproduktion”* (Marx) schafft, gehört schon zu den „Besserverdienenden“. Die Wirtschaft funktioniert exakt wie von Karl Marx im 19. Jahrhundert beschrieben.

Selbstverständlich auf Kosten der Lohnabhängigen: Denn wenn Schäuble sagt, die „schwarze Null“ solle durch die Flüchtlinge nicht gefährdet werden — egal, ob er das selbst glaubt oder jemals geglaubt hat —, dann heißt das im Klartext „die einheimischen Lohnabhängigen haben die Kosten der Zuwanderung zu tragen.“ Durch sinkende Transferleistungen und Löhne sowie steigende Steuern und Sozialbeiträge.[16]

Das ist eine Provokation, auch wenn (und gerade weil!) die zusätzlichen Wohnungen nur aus Absichtserklärungen und Sonntagsreden von Politikern gebaut werden (wovon auszugehen ist), und die ”Integration” und ”Qualifikation” nur aus heißer Luft besteht. Es ist nur der *tatsächlichen* Toleranz und Weltoffenheit der einheimischen Unterschicht zuzuschreiben, dass es, von Ausnahmen abgesehen, bisher nur zu Protesten und nicht zu wirklichen Gewalttaten gekommen ist.

Die soziale Frage wird in Deutschland (wie in allen hochindustrialisierten Staaten) ausschließlich von den Rechtsextremen beantwortet: „Geld für die Oma, statt für Sinti und Roma!” (NPD-Parole). Die NPD formuliert damit systemimmanent das Konkurrenzinteresse der Unterschicht. Die Linken verurteilen moralisch diese Forderung, die so unbarmherzig ist wie die Marktlogik unserer Gesellschaft, haben aber auch keine andere Antwort auf die Not in Deutschland. Statt dessen fordern sie Toleranz und Mitmenschlichkeit ausgerechnet von den Opfern der Sozialkürzungen. Die — auch und insbesondere von der Partei „DIE LINKE“ — in einem deutlich sozialrassistischen Diskurs als Mob und Dumpfbacken abgetane Unterschicht kann sich politisch nur nach rechts wenden.

Für die Partei DIE LINKE wird das zunächst heißen, dass sie ihre Rolle als Interessenvertretung des Ostens, wo die sozialen Gegensätze schärfer sind als in den alten Bundesländern, an die AfD verliert. Auch eine Linienänderung, wie sie sich nach schweren Wahlniederlagen seit Frühjahr 2016 andeutet, wird der LINKEN nichts helfen. *„Wer mitregiert, haftet mit!”*, sagte Sahra Wagenknecht in einer ihrer Reden sehr richtig. Aber die LINKE *will* ja gar nichts anderes als mitregieren.

Aus diesem Grund ist sie keine Alternative. Eine LINKE, die wirklich eine Alternative sein wollte, würde offen erklären, keine Koalition mit einer demokratischen Partei einzugehen. Aber die Führung der LINKEN gibt eher die LINKE auf, als die Aussicht auf einen Ministerposten.

Die AfD ist dagegen an keiner Regierung beteiligt und ihre Führer streben das vorläufig auch gar nicht an. Das liegt natürlich an ihrer Ausgrenzung sowie der politischen Unerfahrenheit einer Volksbewegung („gäriger Haufen“, Gauland) und ist nicht prinzipiell gemeint. Aber gerade die Ausgrenzung der AfD durch die „demokratischen Parteien“ ist zugleich die beste Voraussetzung für ihr weiteres Wachstum. Solange die AfD mit den sozialen Schandtaten der „demokratischen Parteien“ nichts zu tun hat, kann sie sich als Alternative zu Verelendung und Krieg darstellen.

[16] Der vorliegende Aufsatz stammt aus dem Jahr 2015. Mittlerweile (2018) laufen schon die ersten Vorstöße der CDU/ CSU, („Langzeit“)-arbeitslose unter 50 nach dem Vorbild der USA völlig aus dem Bezug von Transferleistungen auszuschließen. (Mittelstandsvereinigung der CDU Berlin, Pressesprecher Christian Gräff, Berliner Morgenpost, Focus vom 26.04.2018)

Das Wahlvolk hat also in Deutschland wie in allen westlichen Ländern nur die Wahl zwischen *rechts* (den „demokratischen Parteien“) und *ganz rechts* (den „Populisten“). Die Rechten kennt es, also wählt es die ganz Rechten.

Damit ist (bis jetzt) gewährleistet, dass der soziale Protest ins Leere läuft und sich nicht gegen Staat und Kapital wendet, wie zu Beginn des 20. Jahrhunderts.

Solange die soziale Protestbewegung unter der schwarzrotgoldenen Fahne läuft, schwört sie ja nur, nichts anderes sein zu wollen als gute Staatsbürger. Und der Protest gegen den Neoliberalismus von CDU und SPD wird von einer ebenfalls neoliberalen Partei (AfD) aufgefangen. Die „Alternative für Deutschland“ ist nur eine Scheinalternative.

Für die *wirklichen* Konservativen und Rechten ist das eine komfortable Situation.

*

Nachbemerkung aus dem Jahr 2022:
Dieser Text stammt aus dem Jahr 2015. Alle von mir zitierten Internet-Belege sind inzwischen gelöscht oder unzugänglich. (Damit habe ich damals nicht gerechnet.) Die kritisierten Meinungen gibt es aber noch, und ich glaube nicht, dass einer davon schlauer geworden ist.
In Bezug auf das Schicksal der LINKEN war ich kein schlechter Prophet.